

Mittwoch, 29. Juni 1977

Blatt 1654

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

Der "papierlose" Patient
EDV-gesteuertes Informationssystem für Spitäler
Wiener Gemeinderat
Diskussion über Reichsbrücke und U-Bahn

Lokal:
(orange)

Ab Samstag Flohmarkt auf dem Naschmarkt

Kultur:
(gelb)

Ausstellung "Neue Sachlichkeit" - Mehr als
20.000 Besucher
Wiener Orden für Adrienne Thomas
Henry Moore kommt nach Wien

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

29. juni 1977

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1655

k u l t u r :

=====

ausstellung ''neue sachlichkeit'' - mehr als 20.000 besucher

1 wien, 29.6. (rk) die ausstellung des kulturamts der stadt wien ''neue sachlichkeit und realismus'' im museum des 20. jahrhunderts im schweizergarten, die bereits ueber 20.000 besucher hatte, ist nur mehr kurze zeit zu sehen. sie wird am 24. juli geschlossen. bis dahin ist sie noch taeglich, auch an sonn- und feiertagen, von 10 bis 19 uhr geoeffnet. (red)

0935

wiener orden fuer adrienne thomas

2 wien, 29.6. (rk) die schriftstellerin prof. adrienne thomas wird vom land wien ausgezeichnet. auf antrag von landeshauptmann-stellvertreterin gertrude froehlich-sandner beschloss die wiener landesregierung die verleihung des goldenen ehrenzeichens fuer verdienste um das land wien. (pr)

0937

k u l t u r :

=====

henry moore kommt nach wien

3 wien, 29.6. (rk) der beruehmte bildhauer henry m o o r e wird am dienstag, dem 12. juli, nach wien kommen, um den platz fuer seine plastik ''hill-arches'' zu fixieren. moore folgt damit einer einladung von vizebuergemeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r . im zusammenhang mit der neugestaltung des karlsplatzes war es bekanntlich zu einer diskussion ueber den besten standort fuer die moore-plastik gekommen. nun soll der bildhauer selbst den besten standort aussuchen. (pr)

0939

29. juni 1977

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1657

k u l t u r :

=====

geehrte redaktion

.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

4 wien, 29.6. (rk) das kulturamt der stadt wien veranstaltet vom 6. juli bis 31. august im rahmen der ''gruenen galerie'' die ausstellung ''neue dreidimensionale konzepte von kuenstlern unter 30 jahren'' im gelaende des wiener stadtparks. sie zeigt raumkonzepte im zusammenhang mit der natur und freistehende objekte aus metall und kunststoff. die exponate stammen von studenten der meisterklasse prof. avramidis an der akademie der bildenden kuenste, der meisterklassen prof. bertoni und prof. hollein an der hochschule fuer angewandte kunst und studenten von prof. goeschl an der technischen universitaet. in der ausstellung soll das dreidimensionale schaffen des kuenstlerischen nachwuchses gezeigt werden und den jungen kuenstlern die moeglichkeit geboten werden, ihre werke der oeffentlichkeit vorzustellen.

zur eroeffnung der ausstellung durch vizebuergermeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r laden wir sie herzlich zu einem

p r e s s e g e s p r a e c h

ein. (red)

bitte merken sie vor:

zeit: mittwoch, 6. juli, 17 uhr

ort: meierei stadtpark.

1018

29. juni 1977

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1658

k o m m u n a l :

=====

diskussion ueber reichsbruecke und u-bahn

6 wien, 29.6. (rk) reges interesse und starke anteilnahme kennzeichneten die buergerversammlung am dienstag abend ueber die beiden themen ''neue reichsbruecke und u-bahnverlaengerung nach kagran'', zu der bezirksvorsteher rudolf b e d n a r die bevoelkerung der leopoldstadt geladen hatte.

buengermeister leopold g r a t z begruendete die durchfuehrung des projektswettbewerb reichsbruecke und das einsetzen der jury. bei projekten von derart staedtebaulicher bedeutung sollte nicht die subjektive geschmacksvorstellung eines einzelnen, sondern das fachurteil anerkannter experten den ausschlag geben. gratz habe sich daher auch an die empfehlungen der jury gehalten und das siegerprojekt im bautenministerium zur ausfuehrung vorgeschlagen.

nach einem rueckblick ueber die wettbewerbsvorbereitungen erlaeuterte planungsstadtrat univ.-prof. dr. rudolf w u r z e r das neue projekt - eine spannbetonbruecke in zwei ebenern, die in einheitlicher bauweise den strom, die donauinsel und die neue donau verbinden wird. es sei dies eine neue form des brueckenbaus in oesterreich, sozusagen die erste brueckengeneration der brueckenfamilie ueber die donau, meinte wurzer.

ueber die verlaengerung der u-bahnlinie nach kagran sprach anschliessend verkehrsstadtrat franz n e k u l a . wie sich in der diskussion zeigte, schien die bevoelkerung des zweiten bezirkes mit den neuen bauvorhaben durchaus zufrieden. meistbemaengeltstes thema war die verkehrsfrage waehrend der zeit des u-bahnbaus in der lassallestrasse, in der der gesamte individualverkehr auf die nebenstrassen ausweichen muss.

als weiteres problem kam die einstellung der strassenbahnlinien in der lassallestrasse nach inbetriebnahme der u-bahn zur sprache. dazu meinte nekula, die verkehrsbetriebe seien sich bewusst, dass die u-bahn zunaechst fuer manche fahrgaeste ein mehrmaliges umsteigen bedeute, doch ein oeffentliches verkehrsmittel, das es allen recht mache, koenne es eben nicht geben. neben diesem nachteil bringe die u-bahn aber einen wesentlichen zeitgewinn und sei ausserdem viel

witterungsunabhaengiger fuer die passagiere als die strassenbahn.
zusaetzlich werde ein grosszuegiges buskonzept erstellt.

buergermeister leopold gratz, der sich zahlreiche anregungen
notierte, versprach, diese pruefen und nach moeglichkeit auch ver-
wirklichen zu lassen. (ba)

1105

L o k a l :

=====

ab samstag flohmarkt auf dem naschmarkt

7 wien, 29.6. (rk) kommenden samstag, den 2. juli, wird der originelle wiener flohmarkt erstmals am oberen naschmarkt bei der stadtbahnstation kettenbrueckengasse abgehalten werden. seine verlegung von der malerischen kulisse des platzes am hof erwies sich als notwendig, weil sich gezeigt hatte, dass dort sowohl fuer die verkaufstische und standeln als auch fuer die parkenden fahrzeuge zu wenig raum war.

mit der uebersiedlung auf das traditionelle marktgeelaende des naschmarkts wird der flohmarkt auch eine reihe von verbesserungen aufweisen. gegenueber frueher 250 bis 300 uneinheitlichen marktplaetzen stehen nun 196 grosse dauerplaetze fuer gewerbetreibende und 198 tagesplaetze fuer private verkaeufer - die bei groesserem andrang im marktamt kettenbrueckengasse verlost werden - zur verfuegung. die kauflustigen werden bequem auf sechs meter breiten wegen zwischen den tischen und standeln herumgehen koennen, fuer autos stehen an diesen tagen rund 300 parkplaetze zur verfuegung.

der flohmarkt wird jeden samstag (ausser an feiertagen) zwischen 8 und 18 uhr offenstehen. das marktamt wird in zusammenarbeit mit dem offiziellen flohmarktkomitee und bezirksvorsteher werner j a n k fuer einen geordneten, reibungslosen verlauf des marktgeschehens sorgen. zweifellos wird der flohmarkt auch auf seinem neuen platz eine attraktion fuer die wiener wie auch fuer die touristen sein.

(wfz)

1111

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (1):

debatte stadtplanung

5 wien, 29.6. (rk) unter dem vorsitz von buergermeister g r a t z wurde mittwoch die sitzung des wiener gemeinderats mit der beratung des rechnungsabschlusses fuer die geschaeftsgruppe stadtplanung fortgesetzt.

als erster debattenredner erklarte gr. dr. h i r n - s c h a l l (fpoe), dass eine klare entscheidung ueber ein kuenftiges verkehrskonzept immer dringlicher wird - nicht nur um die wohn- und erholungsgebiete zu schuetzen, sondern um auch fehlinvestitionen in autobahnen und schnellstrassen zu vermeiden. die fpoe schlaegt schon seit langem eine durchforstung des bundesstrassen-netzes vor: prinzipiell muesste man verzichten, die autobahnen bis zum guertel, mitten in die stadt hineinzufuehren - das bedeutet abschied von der guertelautobahn, verzicht auf verlaengerung der west-autobahn bis zum gaudenzdorfer guertel und verlaengerung der sued-autobahn von der spinnerin am kreuz bis zum matzleinsdorfer platz. auch die a 5 von traisenbruecke ueber donaupark und alte donau nach norden ist entbehrlich. reine geldverschwendung sind die lobaustrassen der a 21 und der a 22. westlicher und suedlicher aussenring koennten in kaiser-egersdorf enden. zu streichen ist auch die s 1 nach essling und die b 222 durch hietzing. das alles ergaebe einsparungen in milliardenhoehe.

dafuer sollten mit hoeherer dringlichkeit in angriff genommen werden: die fertigstellung des aussenrings zwischen alland und brunn/gebirge, das wuerde westeinfahrt und guertel entscheidend entlasten, die fortfuehrung der s 2 ueber prager strasse zur bruenner strasse und nach stammersdorf, das wuerde die a 5 ersetzen, dringlich waere der anschluss der stockerauer autobahn an die nordbruecke und die fortsetzung der suedtangente ueber praterbruecke hinaus nach stadlau und breitenlee und andererseits zum flughafen schwechat. in einem a n t r a g , den dr. hirmschall einbrachte, sind diese vorschlaege zusammengefasst.

die gegenleistung des bundes fuer den verzicht auf das halbe wiener autobahnnetz koennte sein: uebernahme der kosten und die

verwaltung der floridsdorfer bruecke, ausbau des s-bahn-netzes und finanzhilfe fuer die u-bahn. ein deutliches umdenken hat bereits eingesetzt:

der ausbau der vorortelinie fuer den s-bahnbetrieb wird schon von fast allen an der trasse liegenden bezirken verlangt. die herstellung eines s-bahnnetzes muesste ueberhaupt ein wesentlicher bestandteil eines neuen konzeptes sein, und die s-bahn muesste vorrang vor dem weiteren u-bahn-ausbau haben, weil sie effektiver ist. viele milliarden fuer die umstellung der stadtbahn auf u-bahn werden zum beispiel keine fuehlbare verbesserung bringen.

zur planung von fussgaengerzonen erklarte dr. hirnschall, dass die positiven erkenntnisse in der inneren stadt nicht auf die meidlinger hauptstrasse uebertragen werden koennen. der versuch in meidling hat sich nicht bewaehrt. es gab katastrophale umsatzrueckschlaege. grundsaeztlich war der versuch richtig, jetzt sollte man aber zugeben, dass der versuch gescheitert ist. positiv ist das ergebnis ueber die gestaltung des graben zu bewerten. es wurde auf eine moeblierung verzichtet, es wird einen unauffaelligen bodenbelag geben. eine derartige diskussion wie ueber den graben, das gespraech mit dem interessierten buerger, ist auch ueber die verbauung des ballhausplatzes erforderlich. (smo)

eine lkw-transitstrecke durch hietzinger wohngebiet zu fuehren, ist unverantwortlich, erklarte gr. dkfm. a m m a n n (oevp). die seit mai dieses jahres praktisch ueber nacht eingefuehrte verkehrsloesung ist eine systematische bedrohung der lebensqualitaet grosser wohngehenden des 13. bezirkes.

offensichtlich sieht man in der b 222, entgegen vielen be-
teuerungen, noch immer eine ideale verbindung fuer den schwerstver-
kehr von der west- zur suedautobahn. der mut, die plaene auf den
tisch zu legen, fehlt jedoch. und so kam es nach geheimverhandlungen
zu dem einbahnzirkus, der raschest rueckgaengig gemacht werden
muesste. ammann fragte stadtrat wurzer, ob er bereit waere, die ge-
troffene verkehrsorganisation raschest auf ihre zweckmaessigkeit und
zumutbarkeit fuer die bevoelkerung zu pruefen und das ergebnis der
hietzinger bezirksvertretung mitzuteilen. weiter fragte ammann, ob
wurzer bei den verhandlungen von dem versprechen wusste, die b 222
nicht zu bauen und ob er wusste, dass zu den verkehrsverhandlungen

im maerz dieses jahres keine oevp-bezirksmandatare geladen wurden und ob er das billige. schliesslich forderte ammann, die b 222 aus dem bundesstrassenkonzept herauszunehmen und andere, grosszueegigere loesungen fuer den transitverkehr zu suchen: so zum beispiel die fertigstellung des aussenringes oder den bau eines pkw-abstellplatzes im gebiet des auhofes. (sei) (forts)

1038

gemeinderat (2):

debatte stadtplanung (forts)

8 wien, 29.6. (rk) gr. r o s e n b e r g e r (spoe) warf der oevp ratlosigkeit in fragen der planung vor. die oevp ruecke aus opportunismus von einmal geaeusserten meinungen ab. noch in der hietzinger oevp-zeitung vom februar 1977 sei die forderung nach dem bau einer bruecke ueber die verbindungsbahn und nach verbesserungen fuer den individualverkehr erhoben worden. nach vielen befragungen unter der bevoelkerung habe die spoe ein verkehrskonzept fuer hietzing vorgelegt, das - mit dem ziel geringstmoeglichster belaestigung der wohnbevoelkerung - als erster entwurf und diskussionsgrundlage verstanden worden sei. eines der hauptprobleme sei die einmuendung des verkehrs in den bezirk aus der wientalzone. einbahnloesungen auf den wientalbruecken sollten die ein- und ausfahrt erleichtern. durch eine bruecke ueber die verbindungsbahn solle die drohende zweiteilung des bezirks durch bahnschranken verhindert werden. es seien klare aussagen darueber gemacht worden, dass die b 222 entlang der verbindungsbahn nicht gebaut werde. erste reaktionen der oevp auf das verkehrskonzept fuer hietzing seien durchaus nicht negativ gewesen, mit der einbahnregelung solle man sechs monate lang erfahrungen sammeln, der rasche bau der bruecke sei gefordert worden. erst spaeter habe die oevp einen ploetzlichen schwenk vollzogen. eine interne ueberlegung einer magistratsabteilung, die mantlergasse zu verbreitern, der sofort entgegengetreten worden sei, sei zum anlass fuer den versuch genommen worden, einen baummord zu konstruieren. dem vorwurf von gr. rosenberger, einem oevp-mitglied, das in einer oevp-versammlung positiv zum verkehrskonzept stellung genommen habe, sei das wort entzogen worden, widersprachen gemeinderaeete der oevp in zwischenrufen.

./.

rosenberger kuendigte an, dass sich auch der verkehrsbeirat mit dem hietzinger verkehrskonzept beschaeftigen werde. der initiative der spoe stehe eine konzeptlose oevp gegenueber, die deshalb immer mehr die nerven verliere. (ger) (forts)

1108

gemeinderat (3):

debatte stadtplanung (forts)

9 wien, 29.6. (rk) nachdem buergermeister g r a t z dem gr. dkfm. dr. e b e r t (oevp) wegen der verwendung des ausdruckles "luege" in zwischenrufen eine ruege erteilt hatte, beschaeftigte sich gr. d a l l e r (oevp) mit der verkehrssituation. sie laesst fast vermuten, dass es keine verkehrsplanung gaebe. die oeffentlichen verkehrsmittel sind unattraktiv, immer mehr steigen auf den eigenen pkw um. die schlechten verkehrsverhaeltnisse fuehren auch zur abwanderung aus wien. die oevp hat daher seit jahren einen generalverkehrsplan verlangt. angeblich gibt es ein verkehrskonzept fuer wien, das aber nie im gemeinderat diskutiert wurde. ein von str. nekula im winter vergangenen jahres ploetzlich fuer 1978 angekuendigter generalverkehrsplan duerfte jedoch lediglich eine neue verkehrskonzeption sein.

ein kommendes generalverkehrskonzept muesste sich nochmals mit im bundesstrassengesetz 1971 festgelegten strassenzuegen befassen. es ist erfreulich, dass sich nun die fpoe den bereits von der oevp gemachten vorschlaegen anschliesst.

aus dem bundesstrassengesetz sind folgende autobahnen und schnellstrassen zu streichen: die autobahn zwischen der traisenbruecke und dem donaufeld bis stammersdorf (a 5). die autobahn von kaiser ebersdorf zur lobau (a 21, aussenring-autobahn) sowie donauufer-autobahn von der praterbruecke in richtung lobau (a 22). die verbindung zwischen der traisenbruecke am rechten ufer zur guertelbruecke (a 20). die b 222 durch hietzing. die schnellstrasse entlang des donaukanals zwischen spittelau und dem knoten prater (s 2) - stattdessen forcierung der b 302. die suedautobahn von inzersdorf bis matzleinsdorfer platz (a 2). die schnellstrasse von kaisermuehlen nach essling (s 1). der autobahnmaessige ausbau der westeinfahrt ab gaudenzdorfer guertel.

neben diesen streichungen ist vordringlich die uebernahme der strasse im zuge der floridsdorfer bruecke in das bundesstrassennetz zu verlangen. finanziell entsteht dadurch dem bund kein nachteil, da der baubeginn fuer die traisenbruecke bereits 1977 vorgesehen war. verlangt muss ueberdies ein gesetzlich verankertes mitspracherecht der planungsbetroffenen bevoelkerung werden sowie bei absiedlungen abloesen beziehungsweise ersatzleistungen.

betreffend den generalverkehrsplan ist darauf hinzuweisen, dass in der verkehrsorganisation noch bedeutende reserven vorhanden sind, die brach liegen. das neue konzept muss im gemeinderat debattiert werden, aber nicht nur die grundsaeetze, sondern konkrete massnahmen. als sofortmassnahmen waeren zu treffen: aktivitaeten zur verbesserung des massenverkehrs - das beschleunigungsprogramm ist zu wenig. entsprechend dem oevp-konzept sind s-bahn-ringe zu schaffen, vor allem die vorortelinie, die eine optimale versorgung bringen werden. (smo) (forts)

1121

gemeinderat (4):

debatte stadtplanung (forts)

11 wien, 29.6. (rk) auf dem gebiet der stadtplanung seien seit 1976 umfangreiche arbeiten ausgefuehrt und wesentliche planungs-etappen erreicht worden, setzte gr. a s c h e r l (spoe) die diskussion fort. die donaujury habe ihre arbeiten beendet, der endbericht - eine voraussetzung fuer die verwirklichung des von der sozialistischen partei vertretenen totalen hochwasserschutzes - sei von der gemeindefaetlichen stadtplanungskommission zustimmend zur kenntnis genommen worden. ebenso der von der sozialistischen fraktion forcierte projektwettbewerb reichsbruecke, der es ermoeeglicht habe, dass 11 monate nach dem reichsbrueckeneinsturz ein neues projekt vorliege.

rasch und zielstrebiger seien die planungsarbeiten auf dem gebiet der fussgaengerzonen fortgesetzt worden. in staendiger diskussion mit allen beteiligten seien grosse generelle projekte wie etwa graben und stephansplatz zum abschluss gebracht worden. mit einer

sparsamen ausgestaltung, einem ueberlegtem verkehrskonzept als voraussetzung, mit fussgaengerfreundlichen bodenbelaeagen sei auf die empfehlungen internationaler experten bedacht genommen worden. aehnliche grundsaeetze zur ausgestaltung von fussgaengerzonen scheinen auch in den oecd-berichten und in den empfehlungen der "pro austria nostra" auf.

zur fussgaengerzone meidlinger hauptstrasse muesse festgestellt werden, dass diese von allen drei parteien gemeinsam im jaenner 1976 beschlossen worden sei. repraesentativumfragen des ifes instituts und des instituts fuer standortplanung haben ergeben, dass die bevoelkerung gegen die aufhebung dieser fussgaengerzone sei. die verkehrsfrage werde im verkehrsbeirat nochmals zur sprache gebracht.

wo immer es verkehrstechnisch und verkehrsorganisatorisch moeglich sei, soll der strassenraum wieder fuer die menschen zurueckgewonnen werden. stadtplanung mit dem ziel der urbanitaet muesse mit der ortsbildpflege, denkmalschutz, umweltschutz und der wirtschaftlichen situation konform gehen und auf moeglichst breiter basis mit allen beteiligten durchgefuehrt werden.

wie umfangreich diese beteiligung bei planungsfragen sein kann, erlaeuterte gr. ascherl am beispiel graben. das vorliegende projekt sei durch mitarbeit auf breitester basis erstellt worden, umso unverstaendlicher erscheinen die bezeichnungen in der presse, wie beispielsweise "hinterhof mit wc".

aehnlich wie die fussgaengerzonen nehmen auch die spielstrassen eine wichtige bedeutung fuer das wohlbefinden der stadtbewohner ein. insgesamt seien 150 strassenabschnitte untersucht worden, fuer 70 spielstrassen sei die planung begonnen worden, sechs spielstrassen - in besonders stark verbauten gegenden - seien kuerzlich im gemeinderatsausschuss fuer stadtplanung beschlossen worden. durch diskussionen, umfragen, ausstellungen sollen sich immer mehr wiener an planungsfragen beteiligen. voraussetzung, dass stadtplanung kein geheimnis bleibe, sei eine sachliche und umfassende information. (ba)

die loesung der wiener verkehrsprobleme gleicht einem stafettenlauf der versaeumnisse und fehler, erklaerte gr. blaunensterner (oevp). jeder buergermeister gab seinem nachfolger den stab in die hand, zum nachteil der wiener kam noch keiner ueber die ziellinie.

./.

blauensteiner kritisierte das fehlen eines garagenkonzepts fuer das gesamte stadtgebiet. er forderte die genaue ermittlung des stellplatzbedarfs und die foerderung von hochgaragen. mit welcher willkuer vorgegangen wird, zeigen die flaechenwidmungen im 6. und 7. bezirk. fuer die gesamte mariahilfer strasse wird kein standort fuer eine garage ausgewiesen, waehrend wohnbloecke am neubauguertel, in der kandlgasse, am urban loritz-platz, in der neubaugasse und in der neustiftgasse mit einer flaechenwidmung fuer garagen ausgewiesen sind. man fragt sich, welche zielsetzung hier verfolgt wird.

blauensteiner stellte den a n t r a g , im bereich des textilviertels in der innenstadt eine tiefgarage und in der mariahilfer strasse in der naehe des guertels eine tiefgarage oder ein parkhaus zu errichten. der magistrat muesste raschest die situierung - so waere der boerseplatz fuer eine tiefgarage geeignet - und die finanzierungsmoeglichkeiten klaeren. blauensteiner forderte abschliessend, vor errichtung von fussgaengerzonen ausreichend parkmoeglichkeiten zu schaffen. (sei) (forts)

1210

gemeinderat (5):

debatte stadtplanung (forts)

12 wien, 29.6. (rk) gr. dr. e b e r t (oevp) bezeichnete die erhaltung der nahversorgung als frage nicht nur der kleinen und mittleren kaufleute, sondern auch der lebensqualitaet der bevoelkerung. besonders in krisensituationen sei der kaufmann um die ecke von groesster bedeutung. kredite allein seien keine hilfe fuer die kaufleute. noetig sei auch kapital, dass nur aus gewinnen gebildet werden koenne. ein gestreutes warenlager sei auch fuer kleine firmen notwendig. durch unverstaendnis gegenueber den kleinen kaufleuten sei es in den inneren bezirken zu einer auslaugung, am stadtrand zu einer unterversorgung gekommen. die planung muesse dafuer vorsorge treffen, dass am stadtrand nicht nur einkaufszentren bestehen, sondern auch die nahversorgung um die ecke gewaehrleistet ist. durch die planung seien die grosszentren gefoerdert worden, die bevoelkerung schaetze jedoch die persoentliche bedienung und information. auch grosse firmen seien notwendig, sie duerfen jedoch nicht ueberwuchern. in wien sei die nahversorgung bereits gefaehrdet. auch der

spoe sei dies bewusst, aber nur auf der basis von krediten werde etwas dagegen getan. ebert erhob die forderung, der stadterneuerung vorrang einzuräumen und in stadterweiterungsgebieten auch fuer kleine firmen vorsorge zu treffen. die preisregelung schade kleinen unternehmungen weit mehr als grossen. bei der grundvergabe seien dem konsumverein vorteile eingeräumt worden.

die gesamte meidlinger kaufmannschaft sei gegen die verkehrsarme zone meidlinger hauptstrasse, dennoch werde sie nicht aufgehoben. fuer den wirtschaftsverkehr muesse entsprechende vorsorge getroffen werden. in wien gebe es 33.448 lkw fuer den wiener wirtschaftsverkehr, mehr als 14.000 davon ueber 3,5 tonnen. durch die vorhandenen schwierigkeiten seien die zustellkosten in wien fast auf das doppelte gestiegen. in wien gebe es zum beispiel keinen lebensmittelgrosshaendler mehr, dass verkehrsaufkommen sei dadurch gestiegen. ebert brachte einen a n t r a g ein, im rahmen eines gesamtverkehrskonzeptes fuer den wirtschaftsverkehr vorsorge zu treffen, umgehend vorkehrungen fuer die errichtung von autohoefen fuer lkw zu treffen, die frage der schaffung von ladestrassen zu ueberpruefen, fuer die freihaltung der ladezonen zu sorgen und die freihaltung von wohngebieten vom schwerverkehr zu untersuchen.

in hietzing waere die b 222 gebaut worden, haette sich die bevoelkerung nicht vehement dagegen gewehrt und waere das kraefteverhaeltnis in der bezirksvertretung anders gewesen. die durchfuehrung des verkehrskonzeptes sei beschlossen worden, ohne die bevoelkerung zu fragen. die errichtung einer ersatz-b 222 sei zu befuerchten.

ebert entschuldigte sich fuer den zwischenruf unter verwendung des wortes ''luege'' waehrend der rede von gr. rosenberger. er stellte die frage, welches wort allerdings entsprechend sei, wenn jemand wissentlich die unwahrheit sage. es sei unwahr, dass bei der von gr. rosenberger genannten versammlung jemand am sprechen gehindert worden sei. ebert stellte die frage, was gegen den schwerverkehr in hietzing und fuer die errichtung der umfahrung wiens unternommen worden sei. (ger)

der endbericht der donaujury sei in der gemeinderaetlichen stadtplanungskommission deswegen einstimmig zur kenntnis genommen worden, weil das vorgestellte projekt ein ganz anderes sei, als vor

jahren auf den tisch gelegt wurde, stellte gr. dr. peter m a y r (oevp) fest. die 'spaghettinsel' sei beispielsweise der staedtebaulich durchaus akzeptablen verschwenkung der neuen donau gewichen. zu bedenken sei aber, dass durch den rueckstau der verschiedenen baumassnahmen im donaubereich die gefahr des hochwassers in der naechsten zeit umso groesser sei. die von gr. ascherl ins treffen gefuehrte fussgaengerenquete in salzburg habe letzten endes doch bewiesen, dass die euphorie ueber fussgaengerzonen einer realistischen einschaeztung der verkehrsprobleme gewichen sei. gerade bei der fussgaengerzone meidlinger hauptstrasse fehlten jedoch jedes verkehrskonzept und die notwendigen parkplatzmoeglichkeiten. zum graben sei festzustellen, dass die diskussion erst am schluss der planungsphase auf eine breite basis gestellt worden sei. der von buergermeister leopold gratz versprochene projektleiter, sei nie eingesetzt worden, ungeklaert sei auch noch die art der pflasterung und die form der beleuchtung.

im bereich des oeffentlichen verkehrs wuerden in naechster zeit zwei schwerwiegende probleme auf die bevoelkerung zukommen. im zuge des u-bahn-baus soll die stadtbahnlinie vom guertel zum wiental stillgelegt werden, im rahmen des ausbaus des u 2-netzes muss die landesgerichtsstrasse fuer die so stark frequentierte zweierlinie gesperrt werden. gr. mayr sprach die hoffnung aus, dass die "verkehrszwillinge" wurzer - nekula fuer diese probleme rechtzeitig vorsorge treffen wuerden. direkte kritik am planungsstadtrat uebte gr. mayr mit dem vorwurf, dass zuwenig aussagen ueber die kuenftige stadtentwicklung getroffen wuerden. als universitaetsprofessor habe wurzer seinerzeit selbst kritik am leitkonzept "wien an die donau" geuebt, das mit der tatsaechlichen raumentwicklung nach westen und suedwesten nicht konform gehe. nun erwarte man vom neuen stadtrat, in welche richtung der angekuendigte stadtentwicklungsplan tatsaechlich gehen soll. die opposition habe den eindruck, als wuerden alle aktuellen probleme mit der ausrede "loesung im stadtentwicklungsplan" vom tisch gefegt. wien benoetige klare aussagen fuer die zukunft wie:

- o vorrang fuer stadterneuerung gegenueber der stadterweiterung
- o ausbau eines leistungsfahigen verkehrsnetzes

- o kleinraeumige entmischung
- o vorsorge fuer junge menschen auf dem wohnbausektor
- o vorsorge fuer betriebsbaugebiete
- o erschliessung des wald- und wiesenguertels mit einbeziehung von sportstaetten. (ba) (forts)

1346

gemeinderat (6):

debatte stadtplanung (forts)

14 wien, 29.6. (rk) die oevp ist urspruenglich fuer ein ganz anderes hochwasserschutzprojekt eingetreten, das die grundwasserzufuhr unterbunden haette. als sie nun gesehen hat, was tatsaechlich gemacht wird, ist sie gewissermassen auf den fahrenden zug aufgesprungen, erklaeerte gr. ing. n e d w e d (spoe) zu den ausfuehrungen eines vorredners. die jury hat erfolgreich arbeiten koennen, "so frei wie nirgends", hat der vorsitzende prof. mauerer erklaeert.

wie der planungsstadtrat anfang des jahres angekuendigt hat, wird ein genereller stadtentwicklungsplan vorbereitet. arbeitskreise sind bereits gebildet worden, in denen auch alle kammern vertreten sind. selbstverstaendlich wird auch der verkehrsbeirat einbezogen werden. das verkehrskonzept kann aber nur ein teil des generellen stadtentwicklungsplanes sein. die arbeit soll flott weitergehen, gestuetzt auf die ergebnisse der grossen leitlinien-enquete und des verkehrskonzeptes. es sollen bis zur vorlage des gesamtplanes im naechsten jahr keine sogenannten kleinen loesungen gemacht werden, wie es von dr. peter m a y r vorgeschlagen wurde. fuer diesen gesamtplan wird noch die unterstuetzung der hochschulen und wissenschaftler notwendig sein. die langfristigen ziele sind durchaus aktuell, die kurzfristigen muessen jedoch ueberarbeitet werden. studien beispielsweise ueber zentrenkonzepte, innerstaedtische versorgungsqualitaeten, landschaftskonzepte, konzepte ueber arbeitsmarkt und fremdenverkehr werden von fachleuten erstellt.

buengermeister gratz hat einen staatsvertrag mit den laendern der ostregion angeregt - zur verwirklichung gemeinsamer ziele der

raumplanung. dazu zaehlen infrastrukturplanung, fachliche und zeitliche koordinierung, ueberregionale bauvorhaben, bereiche wie bevoelkerung und arbeitsmarkt, wirtschaft und finanzen.

ein wichtiger teil der gesamt-entwicklungsplanung ist selbstverstaendlich das genannte verkehrskonzept. bezueglich des bundesstrassengesetzes haben beide oppositionsparteien viele strassen gestrichen - nur wenige gefordert. sollen anstelle der gestrichenen wiener strassen welche in vorarlberg gebaut werden? eine sinnvolle ueberarbeitung des bundesstrassennetzes wird sicher erfolgen, vorher ist es aber voreilig, zu sagen, welche strassen gestrichen werden sollen. dabei geht es gerade darum, zielkonflikte zu vermeiden, es wird daher sehr viel mit der bevoelkerung darueber zu diskutieren sein. der plan wird sehr flexibel sein muessen. entscheidend wird aber nicht nur der neubau von strassen sein, es wird auch mehr disziplin der autofahrenden bevoelkerung notwendig sein - in wenigen jahren werden auf 1.000 einwohner 420 pkw kommen. es ist unmoeglich, dafuer den platz zu schaffen, d. h. die autogerechte stadt. man wird also fuer den sinnvollen gebrauch des pkw eintreten muessen. darueber wird man im verkehrsbeirat diskutieren. wir brauchen fuer wien vor allem ein hauptstrassennetz, danach kann man bei der qualifizierung der einzelmassnahmen vorgehen. zum garagenproblem: es gibt eine foerderungsaktion, die jeder in anspruch nehmen kann. fuer eine garage in grinzing hat sich nur kein bauherr gefunden. niemand will dazu finanziell beitragen und grinzing-planer architekt peichl sagt selbst: "stadtplanung kann man nicht nach den geschaeftsbuechern der heurigen machen." es wurden garagen an sehr wichtigen stellen gebaut - bei der stadthalle, am neumannplatz, unterstuetzt wurde die operngarage. zum teil stehen sie leer. es muessen verkehrsorganisatorische massnahmen getroffen werden, nicht um die pkw-fahrer zur benuetzung der garagen zu zwingen, sondern um den einsatz des fahrzeugs sinnvoll zu machen. sicher aber ist es nicht moeglich, den dauerparkern im innerstaedtischen bereich den parkplatz zu sichern.

was den ausbau der schnellbahn betrifft, so haengen die entscheidungen der stadtplanungskommission zunaechst vom verkehrsverbund ab. war frueher die s-bahn-finanzierung durch den bund sehr schwer zu erreichen, ist es jetzt anders. er ist bereit, 80 prozent zu tragen, 20 prozent dem land zu ueberlassen. aber wie wird das defizit abgedeckt, soll es nur von bund und wien getragen werden? der

wiener finanzreferent hat vorgeschlagen, das defizit auf die laender je nach beanspruchung der verkehrsleistung aufzuteilen. auf die antwort der anderen bundeslaender muss gewartet werden, dann kann ueber das s-bahnnetz entschieden werden. nach dem grundsatz aber, das wichtige zuerst, geht es zunaechst um die fertigstellung des u-bahngrundnetzes.

zu fragen der stadterneuerung berichtete der redner abschliessend, dass der gemeinderat noch in dieser sitzung die flaechenwidmung fuer das assanierungsgebiet ottakring beschliessen wird. nach oeffentlicher information konnte die bevoelkerung - zum ersten mal auf grund eines dreiparteienvorschlags - mitentscheiden und sie hat auch entschieden, dass z. b. eine hochgarage nicht gebaut wird. aenderungen des flaechenwidmungs- und bebauungsplanes wurden bereits entsprechend diesem 3-parteien-antrag in 14 faellen mit begleitinformation aufgelegt. stadtrat wurzer hat auch die anregung aufgegriffen, die plaene fuer laien verstaendlich darzustellen. das alles laesst eine staerkere beteiligung der bevoelkerung an der stadtentwicklungsplanung erwarten. der neue stadtentwicklungsplan wird schliesslich oeffentlich diskutiert werden und nicht nur im gemeinderat. (smo) (forts)

1450

gemeinderat (7):

debatte stadtplanung (forts)

15 wien, 29.6. (rk) die heile welt der gartenzwerge gibt es fuer die kleingaertner schon lange nicht mehr, erklaerte gr. a r t h o l d (oevp). so kam eine studie des ludwig boltzmann-instituts zum ergebnis, dass bei absiedlungen ein absiedlungsschock auftritt, der innerhalb kuerzester zeit zu einer starken zunahme der todesfaelle fuehrt.

die spoe, die sehr viel von mitbestimmung redet, koennte ihre haltung bei den kleingaertnern beweisen. im laufe dieser debatte wurde von spoe-seite auf ein kleingartensiedlerkonzept hingewiesen, das allerdings ein geheimkonzept sein muss. die immer wieder von der oevp vorgebrachten antraege, endlich ein konzept auszuarbeiten,

./.

wurden niemals mit dem hinweis eines bereits vorhandenen konzepts abgelehnt. ein echtes kleingartensiedlerkonzept muesste folgende fragen beantworten koennen: welche kleingaerten bleiben bestehen? welche werden abgesiedelt und welche gebiete werden neu erschlossen? vor allem muesste die bevoelkerung informiert werden, wie man zu einem kleingarten kommt. in dieser debatte hoerte man, dass kleingaerten im ausmass von 155.000 quadratmeter abgesiedelt werden sollen. arthold stellte die a n f r a g e , welche siedlungen davon betroffen sind, was die ursachen fuer die absiedlung sind, ob es ersatzgruende gibt und ob die gaertner von der absiedlung informiert wurden.

abschliessend bemerkte arthold, es sei traurig, dass im kontakt zwischen stadtverwaltung und kleingaertnern derzeit offensichtlich die bezirksgerichte die haeufigste clearingstelle sind. (sei)

das kleingartenkonzept sei kein geheimkonzept, stellte gemeinderat o u t o l n y (spoe) fest. sowohl im gemeinderat als auch in pressekonferenzen sei darueber berichtet worden, die zustaeudige geschaeftsgruppe - das kleingartenwesen gehoere ressortmaessig zur ma 69 - halte sich an dieses konzept. trotz wegen des baus notwendiger projekte unvermeidlicher absiedlungen gebe es heute um 300.000 quadratmeter mehr kleingartenflaeche als 1973. darueber hinaus sei eine positive strukturveraenderung erreicht worden. auf nicht gewidmeten flaechen sei eine verringerung der kleingaerten um 120.000 quadratmeter eingetreten, waehrend die kleingaerten auf gewidmeten flaechen um mehr als 400.000 quadratmeter vermehrt worden seien. die existenz der kleingaerten auf staedtischem grund sei heute gesicherter als frueher. die matzleinsdorfer kleingaerten fielen nicht in die zustaeudigkeit der gemeinde wien, fuer bundesgrundstuecke und insbesondere verkehrsbaender gebe es bestimmte gesetzliche regelungen. im uebrigen haetten die matzleinsdorfer kleingaertner nie pachtvertraege gehabt, die absiedlungsabsichten der oebb seien seit jahren bekannt gewesen.

im august 1976 sei im rahmen der ma 69 eine koordinierungsstelle fuer kleingaerten geschaffen worden, mit der alle magistratsabteilungen in angelegenheiten des kleingartenwesens das einvernehmen suchen muessen. an den sitzungen nehmen darueber hinaus auch vertreter

der kleingaertner teil. fuer absiedlungsmassnahmen seien konkrete richtlinien geschaffen worden, in allen faellen sei das einvernehmen mit den zustaendigen organisationen zu suchen.

neben der loewy-grube befinden sich mehrere kleingartenanlagen in, beziehungsweise vor der verwirklichung, so die anlage blumental und anlagen im 14., 21. und 22. bezirk.

die loesung der probleme im prater sei nicht einfach, doch fuer den bereich unterer prater sei bereits eine flaechenwidmung beschlossen worden, fuer drei weitere gebiete seien die widmungen bereits eingeleitet, fuer andere gebiete sei eine kompromissloesung gefunden worden.

outolny warf der oevp vor, unsicherheit und unruhe unter die kleingaertner zu tragen. (ger) (forts)

1457

gemeinderat (8):

debatte stadtplanung (schluss)

16 wien, 29.6. (rk) planungsstadtrat univ.-prof. dr. rudolf wurzer nahm anschliessend zu den diskussionsbeitraegen folgendermassen stellung: ueber das projekt des niederoesterreichischen amtsgebaeudes am minoritenplatz liege von seiten der baupolizei noch keine genehmigung vor, da der nachweis fuer die schall- und waerme-daemmung noch ausstaendig sei. im zusammenhang mit diesem projekt soll im rahmen einer enquete geklaert werden, welcher stellenwert der modernen architektur in einem historischen stadtkern heute zukommt.

zur umstrittenen b 222 durch hietzing sei festzustellen, dass die bisherigen generellen planungen bis zum abschnitt rosenhuegel lediglich die moeglichst gute anbindung von hietzing an die suedautobahn zum ziele haben. der vorwurf der geheimpolitik in fragen der verkehrsorganisation fuer den 13. und 14. bezirk sei schon deswegen zurueckzuweisen, weil der aktenvermerk einem grossen verteilerkreis zugaenglich gemacht werde, so auch der arbeiterkammer, der handelskammer und polizei.

ein leistungsfahiges park-and-ride-system in der stadtregion wien setzt eine gut funktionierende ueberregionale zusammenarbeit

voraus. dies bedeutet, dass erst nach dem zustandekommen des staatsvertrages zwischen wien, niederoesterreich und dem burgenland konkrete verhandlungen ueber die durchfuehrung des park-and-ride-systems gefuehrt werden koennten. die oftmals zitierte verkehrskonzeption sei ebenfalls kein geheimrezept, sondern werde langfristige zielvorstellungen, ein mittelfristig realisierbares wegenetz fuer den oeffentlichen verkehr und fuer den individualverkehr und wichtige sofortmassnahmen beinhalten. dies seien mit einfachen mitteln realisierbare massnahmen wie beschleunigungsprogramme, signalkonzeptionen, parkraumregulierungen, schaffung stabiler einbahnsysteme und bessere ausnutzung des verkehrsraumes.

besonderes augenmerk werde im stadtentwicklungsplan auch dem einzelhandel und dem gewerbe zugewendet. in einer studie des wiener instituts fuer standortberatung wurde die nahversorgung in dicht bebauten gebieten untersucht und die luecken im lebensmittelangebot aufgezeigt. dass die nahversorgung aber nicht durch uebergrosse einkaufszentren geloest werden kann, sondern nur durch eine kombination verschieden wirksamer massnahmen, ist eine erfahrung, die sich international erst in der letzten zeit bestaetigt hat.

der bedeutung des wirtschaftsverkehrs entsprechend sei im rahmen des verkehrsbeirates die frage der autohoefe behandelt worden. seitens der kammern seien brauchbare standortvorschlaege zugesagt worden. die fussgaengerzone graben sei der versuch einer demokratischen entscheidungsfindung gewesen. auf die reaktion in der bevoelkerung selbst habe die stadtplanung keinen einfluss, die anregungen seien aber alle im neuen projekt beruecksichtigt worden.

die entwicklung im donaubereich zeige, wie schwierig es sei, langfristige aussagen ueber stadtentwicklung zu machen. als wissenschaftler habe wurzer vor 15 jahren eine untersuchung ueber den bodenmarkt in wien durchgefuehrt, bei der eine intensive siedlungsentwicklung in den bezirken noerdlich der donau angenommen wurde. aufgrund der heutigen nicht vorhersehbaren situation, mit der immer groesser werdenden bedeutung des donauraumes sei diese auffassung jedoch zu revidieren.

die zeit der vorbereitungsarbeiten fuer den stadtentwicklungsplan sei bald zu ende, bis jahresbeginn werden klare aussagen fuer eine mittelfristige stadtplanung getroffen werden koennen. (ba)

er sei sehr einverstanden damit, dass die stadtplanung flexibel sein muss, erklarte str. n e u s s e r (oevp), es ist aber zumindest traurig, dass jeder planungsstadtrat - von heller bis ing. hofmann - jeweils von vorne beginnt. jetzt haben wir einen neuen stadtplaner, der vonberufs wegen mit der materie vertraut ist, und der beginnt wieder bei der stunde null, anstatt auf das vorhandene aufzubauen und das als richtig befundene zu beruecksichtigen. was die verkehrsplanung betrifft, ist zu befuerchten, dass stadtrat wurzer und str. nekula sich aufeinander ausreden werden. wenn gemeinderaete anregungen machen, so soll str. wurzer dafuer sorgen, dass diese anregungen in der verwaltung koordiniert werden. was die behauptung des vorredners zu dem von der oevp befuerworteten hochwasserschutzprojekt betrifft, es sei von fachleuten verworfen worden: es stammte vom bundesstrombauamt, wo sicherlich fachleute sitzen. waere dieses projekt 1968 begonnen worden - so haetten die bewohner des betroffenen bezirks seit fuenf jahren sicherheit vor hochwasser.

mit der anregung der oevp fuer einen "offenen gemeinderat" befindet man sich schliesslich durchaus auf der linie von buergermeister gratz, dass der buerger informiert werden soll, was in seiner stadt geschieht und dass fuer diskussionsgespraeche gemeinderaete zur verfuegung stehen.

saemtliche anregungen von gemeinderaeten werden selbstverstaendlich bei der stadtentwicklungsplanung entsprechend beruecksichtigt werden, versicherte str. w u r z e r in einer neuerlichen wortmeldung. der planungsprozess kann nie zu ende sein, planung erfordert selbstverstaendlich auch kontinuiertaet und die jetzige geschaeftseinteilung sichert eine wirksame koordination. (smo) (forts)

1558

gemeinderat (9):

debatte kultur, jugend und bildung

17 wien, 29.6. (rk) mit wahrnehmungen des kontrollamtes im bereich dieser geschaeftsgruppe setzte sich gr. dkfm. b a u e r (fpoe) auseinander. so wurden mittel nicht immer so sparsam eingesetzt, wie es notwendig gewesen waere. manche leistungen kamen um das zweieinhalbfache kostspieliger als bei einer privatinitiative.

der im kontrollamtsbericht aufgezeigte fall von unregelmässigkeiten bei der schulgeldeinhebung in einer musikschule sei insoferne interessant, weil der schuldige auf grund des betriebsratseinspruches praktisch nicht diszipliniert werden konnte. das ist falsch verstandene solidaritaet und schindluder mit dem arbeitsrecht. das kontrollamt kritisierte, dass subventionswerber nicht immer ueber ordnungsgemaesse aufzeichnungen verfuegen, abrechnungen oft falsch sind und die zustaeundige abteilung keine kritischen pruefungen vornimmt. allerdings hat in dieser frage die magistratsabteilung selbst die ueberpruefung durch das kontrollamt gefordert, sie akzeptiert die kritik und sagt die verwirklichung der anregungen zu.

beueglichen der subvention fuer den oesterreichischen kulturmarkt sagte gr. bauer, dass er auf dem markt von kultur wenig gesehen habe. von den 25 standeln waren sechs informationsstaende, vier verkauften wuerstel und bier und die uebrigen boten "kulturgut" folgender art: um zehn schilling wildwestromane mit titel wie "rauchender colt", taschenbuecher von 8 bis 15 schilling wie "inselprinzessin" und "wer hat dich in mein bett gelegt, schuetzen", superstar-schallplatten, von 183 schilling auf 28 schilling reduziert, wie "a hupferl und a tupferl" und die "bummsfidele almpartie". neben wasserpistolen gab es noch das spiel "bloeff, bloeff" im angebot. sicher kann man nicht nur "hochkultur" auf einer solchen veranstaltung anbieten, aber fuer einen derartigen jahrmarkt sollte die oeffentliche hand doch nicht mehr als eine halbe million schilling zuschiessen.

in seinem bericht vertritt schliesslich das kontrollamt die gleiche ansicht wie die fpoe seit langem betreffend der verwendung des kulturschillings, der gesetzlich vorwiegend der altstadterhaltung dienen soll. nach einer internen vereinbarung werden 25 prozent fuer die ausweitung der kulturfoerderung verwendet. das kontrollamt stellte fest, dass dieser teil durchaus nicht nach den festgelegten grundsuetzen eingesetzt wurde. der kulturschilling sollte daher zur gaenze widmungsgemaess ausgeworfen werden.

abschliessend sprach sich gr. bauer gegen eine foerderung von leuten aus, die ein haus kaufen - angeblich kein vermoegen haben - und damit geschaeft machen, in dem sie dort boutiquen und ein

restaurant einrichten, grosswohnungen herstellen lassen samt swimmingpool und die almieter hinausekeln wollen. gemeint ist leherb mit seinem haus am franziskanerplatz. generell sollte man solche vorhaben nicht foerdern. (smo) (forts)
1605

gemeinderat (10):

debatte kultur, jugend und bildung (forts)

18 wien, 29.6. (rk) gr. dr. erika d a n z i n g e r (oevp) erklaerte, dass der kulturfoerederungsbericht rechtzeitig vor dem rechnungsabschluss vorgelegt werden muesste. bei der foerderung junger kuenstler werde gespart, hoehere und laengerfristige stipendien muessten zur verfuegung gestellt werden. auch fuer alte kuenstler werde zuwenig ausgegeben. die gesellschaft fuer kulturpolitik erhalte dagegen jahr fuer jahr hoehere mittel.

im zusammenhang mit den wiener festwochen stellte danzinger die frage, wie die fueelle des angekuendigten durch einen multifunktionaer wie direktor freund bewaeltigt werden soll. die oevp verlange, dass freund seine volle arbeitskraft entweder der stadthalle oder den wiener festwochen widme. danzinger fragte, ob das giesskannenprinzip fuer die bezirke beibehalten werde, wie man sich die verwirklichung der bundeslaendertheaterproduktionen in wien vorstelle und was aus dem plan geworden sei, veranstaltungen, wie es sie bei der arena gab, das ganze jahr hindurch durchzufuehren.

burgtheaterdirektor benning habe die mitarbeit des literaturreferenten der stadt wien am burgtheater angekuendigt: werde die literaturfoerderung als teilzeitbeschaefftigung durchgefuehrt werden?

danzinger kritisierte die katastrophale personalsituation der staedtischen buechereien und stellte die frage, ob es nicht klueger gewesen waere, statt des teuren alpha-stadtrandprogramms zunaechst einmal den ausbau der buechereien durchzufuehren. danzinger stellte den a n t r a g , vorsorge fuer den ausbau der staedtischen buecherei in der grossfeldsiedlung zu treffen.

bei einem von der oesterreichischen gesellschaft fuer kulturpolitik durchgefuehrten symposium sei bundeskanzler kreisky - ein jahr zu spaet - fuer die arena und fuer eine radikale kulturpolitik

./.

eingetreten. bisher sei die sozialistische kulturpolitik aber nur radikal gegen die arena gewesen. welche variante der sozialistischen kulturpolitik sei nun gueltig - die zur befriedigung der "jusos" oder der buerger? danzinger forderte eine verstaerkte einbeziehung aller schoepferischen kraefte in die kommunale kulturpolitik.

gr. prof. z o e r n e r (oevp) stellte fest, dass der dienstpostenplan fuer Lehrer an allgemeinbildenden hoeheren schulen in wien trotz 208 neuen klassen und trotz arbeitszeitverkuerzung seit 1974 nicht erhoehrt worden sei. vollgepruefte Lehrer stueden vor der tuer und faenden keine anstellung. wiens ahs weisen die hoechste klassenschuelerdurchschnittszahl in ganz oesterreich auf, auch gebe es in wien die meisten klassen, in denen die hoechstzahl von 36 schuelern pro klasse ueberschritten werde. 9.500 von 80.000 wochenstunden seien ueberstunden. auch bei den volksschulen gebe es schwierigkeiten, zahlreiche absolventen der paedagogischen akademien werden keine anstellung finden.

zoerner kritisierte, dass der schulversuch tagesheimschule an wiener pflichtschulen noch immer nicht erprobt werde. der schulversuch integrierte gesamtschule habe keine ergebnisse gebracht, die der herrschenden euphorie entsprechen. bei der aufnahmspruefung in eine handelsakademie haetten schueler der integrierten gesamtschule schlechter als haupt- und mittelschueler abgeschnitten. die integrierte gesamtschule passe nicht in eine moderne gesellschaft, die ein differenziertes schulwesen brauche. zoerner forderte eine verbesserung der lehrerausbildung. groessere ruhe muesse in die schulen kommen, die flut der zettelerlaesse sei immer groesser geworden.

(ger) (forts)

1613

gemeinderat (11):

debatte kultur, jugend und bildung (forts)

19 wien, 29.6. (rk) an den paedagogischen akademien wird es keinen numerus clausus geben, erklaerte gr. gertrude s t i e h l (spoe). allerdings wird es im kommenden jahr bei der unterbringung von volksschullehrern sicherlich zu schwierigkeiten kommen. ursachen sind der geburtenrueckgang und die tatsache, dass 1.300 volksschullehrer, die derzeit an den hauptschulen unterrichten, in die volkschule zurueckgefuehrt werden muessen. die stadt wien wird jedenfalls

helfen und versuchen, diese personen in der zwischenzeit als erzieher und in aehnlichen berufen unterzubringen. andere massnahmen wurden bereits gesetzt: so die rechtzeitige information der studierenden, und die senkung der klassenschuelerzahlen. derzeit sind in den volkschulen durchschnittlich 28 schueler in einer klasse und in den hauptschulen 27 schueler. von einem lehrerstop kann keine rede sein, solange laufend anstellungen vorgenommen werden.

fuer die oevp, so stiehl, sind die hoeheren schulen symbol einer geisteshaltung und daher lehnt die oevp die integrierte gesamtschule ab. von der bevoelkerung aber wird diese schulform, das zeigt das beispiel im 22. bezirk, sehr gerne angenommen. man sollte nicht versuchen, an hand eines ausgewaehlten beispieles eine ganze schulform zu diskreditieren.

kinder in den stadtrandsiedlungen sind sicherlich nicht mehr gefaehrdet als kinder anderswo. in vielen faellen haben sie es sogar besser. wenn die oevp von einer speziellen gefaehrdung spricht, wird deutlich, wie wenig reale kenntnis man ueber die wohnhausanlagen am stadtrand hat. (sei)

in einer zweiten wortmeldung stellte gr. marilies f l e m m i n g (oevp) fest, dass experten des jugendamtes in einer studie eine ablehnende haltung gegen den bau von wohnsiedlungen im umfang der grossfeldsiedlung eingenommen haben.

einen statistischen ueberblick ueber die finanziellen aufwendungen und die leistungen der geschaeftsgruppe kultur, jugend und bildung gab gr. h o l u b a r z (spoe). die im kontrollamtsbericht geuebte kritik, dass verschiedene sachkredite fuer baumassnahmen an schulen noch vor der genehmigung in anspruch genommen wurden, sei in diesem fall eine haerte, da die sofortige behebung von schaeden gerade bei schulgebaeuden absolut notwendig ist. insgesamt koenne festgestellt werden, dass bei steigender zahl von klassenzimmern die schuelerzahl sinke was zu einer intensiveren schuelerbetreuung und damit zu einer besseren ausbildung fuehrt.

innerhalb des jugendamts seien eine ganze reihe von serviceleistungen ausgebaut oder neu geschaffen worden. die abendsprechstunden der sozialarbeiter seien stark besucht worden, in 59 mutterberatungsstellen seien 31,7 prozent der in wien geborenen kinder vorgestellt worden. in der stadt des kindes, die seit juli 1976 von

der stadt wien gefuehrt werde, habe sich ein neues konzept durchgesetzt, kinderurlaube tragen wesentlich zur entlastung der eltern in der ferienzeit bei. im jahr 1977 sei erstmals ein winterurlaub fuer schwerstbehinderte kinder ermoeeglicht worden. die rathausmehrheit sehe es auch weiterhin als ihre natuerliche aufgabe an, ganz besonders den sozial schwaecheren und kinderreichen familien hilfestellung zu gewaehrleisten. (ba)

gr. p r o c h a s k a (oevp) kritisierte, dass der 1973 von buergermeister gratz angekuendigte jugendbeirat noch immer nicht existiert, waehrend in fast allen bundeslaendern landesjugendringe gegruendet und erweitert wurden. in wien scheitert das offenbar am desinteresse sozialistischer jugendorganisationen. es wird daher die a n f r a g e an den buergermeister gerichtet: ist er bereit, den landesjugendbeirat ins leben zu rufen, wie wird er sich zusammensetzen, welche aufgaben soll er haben und welche kompetenzen?

eklatant ist auch die beschaeftigtenpolitik in den jugendzentren, von 120 bediensteten gehoert nur ein einziger der oevp an. der jugendkreis ist ueberhaupt ein beispiel fuer verfilzung von parteiinteressen und oeffentlichen aufgaben. die funktionaere stellen ihren parteiauftrag ueber ihre eigentliche taetigkeit. auch das ferienspiel und der ferienklub, bisher ein musterbeispiel guter zusammenarbeit, gerate unter parteikuratel. fuer die jugendzentren fehlt ein konzept zur bedarfsangleichung und zielsetzung. fuer 16 zentren wird die stolze summe von 20 millionen ausgegeben, das bedeutet pro betreutem jugendlichen ein jahresbetrag von 15.000 schilling.

der stadthalle, mammutkonzern zur freizeitbewaeltigung, werden immer mehr risikoreiche veranstaltungen aufgepfropft, monsterveranstaltungen, die geeignet sind, die freude am kulturkonsum zu verderben, von "candide" bis "ali baba", fuer die unzaehlige freikarten vergeben wurden. allein fuer das bernstein-konzert mussten millionen fuer den umbau investiert werden, dennoch waren nur 55 prozent der besucher mit der qualitaet zufrieden. fuer diese entwicklung zeichnet kultur-multi freund verantwortlich, der vom donauturmrestaurant bis zum athletikcenter alles betreut und unter dessen aegide vorhin genannte monsterpleiten hoehepunkte darstellen. auch im filmgeschaeft gibt es verluste von drei millionen im verleih und

acht millionen im betriebe der kiba, die keinerlei volksbildnerische aufgaben mehr erfuehlt. die stadthalle befindet sich in einer kulturpolitisch schweren sanierungsphase, gekennzeichnet durch konzeptlosigkeit. (smo) (forts)

1712

gemeinderat (12):

debatte kultur, jugend und bildung (forts)

20 wien, 29.6. (rk) gr. h a n k e (spoe) erklarte, die oevp habe schwierigkeiten bei ihrer jugendarbeit. ansonsten muesste man nicht in zeitungem durch inserate laufend fuer die teilnahme an ferienaktionen werben. offensichtlich reicht die mitgliederzahl nicht aus, um die heime auszulasten.

man muesse inserieren, weil man nicht von einer sparkasse geld fuer aufwendige werbebroschuere bekommen, erklarte gr. p r o c h a s k a (oevp) in einer zweiten wortmeldung. spoe-jugendorganisationen bekommen von der zentralsparkasse mittel fuer broschuere.

fuer die gemeinde waere es risikoloser, gastbetriebe nicht selbst zu fuehren, sondern abzugeben oder zu verpachten erklarte gr. komm.rat s c h n e i d e r (oevp). wie das kontrollamt zeigt, sind alle betriebe ausser einem in schwierigkeiten.

die hohe steuerliche belastung bei den extras wie getraenken ist die ursache, dass es bei steigenden naechtigungszahlen trotzdem zu fallenden deviseneinnahmen kommt. waehrend die betriebe die hotelpreise durch strengste kalkulation noch im europaeischen mittelfeld halten koennen, ist das bei den extras nicht mehr moeglich.

in zuerich muessen die betriebe nur mit 15 prozent aufschlag zum grundpreis rechnen. in wien betraegt der aufschlag bereits 73 prozent. die in oesterreich praktizierte steuer- und gebuehrenpolitik ist fremdenverkehrsfeindlich. (sei)

kultur sei nicht angelegenheit einer elitaeren minderheit, sondern muesse allen mitgliedern der gesellschaft zugaenglich sein, erklarte gr. w i e s i n g e r (spoe). schon in ihrer antrittsrede als kulturstadtrat vor zehn jahren habe vizebuergemeisterin gertrude froehlich-sandner die demokratisierung des zugangs zu

./.

kultur und bildung und das bekenntnis zur immerwaehrenden bildung an oberste stelle gesetzt. ein demagogisches spiel mit zahlen werde der wiener kulturpolitik nicht gerecht. nicht reglementierung sei aufgabe der kulturpolitik, sondern das wecken von verstaendnis fuer die kulturelle vielfalt.

der kulturbericht zeige die grosse vielfalt der taetigkeit des kulturamtes. zum vorwurf der angeblich zweckentfremdeten verwendung des kulturschillings stellte wiesinger fest, dass nicht das kontrollamt die kulturpolitik mache, sondern der wiener gemeinderat. kein schilling sei zweckwidrig verwendet worden. die bemuehungen um die literatur seien nicht gering. 1976 habe es 82 veranstaltungen in der alten schmiede gegeben. zahlreiche stipendien seien vergeben worden. es gebe auch zuwendungen fuer alte kuenstler. allerdings sollten sich auch kuenstler zeitgerecht um eine versicherung kuemmern.

300 institutionen verschiedener art seien subventioniert, 500 objekte im zuge der altstadterhaltung erhalten worden. im rahmen der literaturfoerderung seien 200 buchtitel mit 27.000 einzelbaenden angekauft, 26 galerien seien gefoerdert worden.

die ausgaben der wiener kulturverwaltung bestehen zum groessten teil aus sachaufwand, nur zu einem kleinen teil aus dem personalaufwand.

rund 30 prozent der foerderungsmittel werden von theatern in anspruch genommen. hier seien wohl gewisse grenzen zu setzen, die allerdings nicht zu lasten des experimentellen theaters gehen duerften. die haelfte der schuelerinnen der modeschule der stadt wien seien wienerinnen, der rest komme aus den bundeslaendern und aus dem ausland. die staedtischen buechereien verwalteten rund 700.000 buecher und platten und verzeichneten 94.000 leser, von denen die haelfte kinder und jugendliche gewesen seien. die besucherzahlen in den museen seien wesentlich gestiegen. wiesinger unterstrich die gute kooperation zwischen fremdenverkehrsverband und kammer, die dafuer verantwortlich seien, dass wien vom rueckgang des fremdenverkehrs weitgehend verschont blieb. (ger) (forts)

29. juni 1977

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1684

k o m m u n a l :

=====

gemeinderat (13):

debatte kultur, jugend und bildung (schluss)

21 wien, 29.6. (rk) vizebuengermeisterin gertrude
f r o e h l i c h - s a n d n e r begruesste die intensive beratung
des kontrollamtes, da daraus die arbeit ihres ressorts waehrend des
ganzen jahres ersichtlich werde. deutlich zeige der rechnungsab-
schluss den anstieg der finanziellen mittel fuer kultur- und jugend-
arbeit.

kulturpolitik duerfe aber nicht allein an budgetmitteln und
subventionen gemessen werden, sondern vor allem an dem anteil und
dem interesse der bevoelkerung. einen besonderen schwerpunkt der
kulturarbeit stellen daher die kommunikationszentren in den bezirken
dar. wuerde man die vielfaeltigen kulturellen einrichtungen in einer
kulturlandschaftskarte darstellen, wuerde optisch ersichtlich, dass
es keine vergleichbaren grosstaedte mit aehnlicher kultureller infra-
struktur gibt.

gerade auf dem gebiet der kultur muesse das experiment gross
geschrieben werden, der erfolglose versuch, wie zum beispiel im falle
des alpha-programms gaebe zum neuueberdenken und bessermachen anlass.
die bedeutung des kulturmarktes sei nicht in der anzahl der markt-
standln zu messen, sondern an der vielfalt der veranstaltungsserie.
die subvention von 300.000 schilling sei im vergleich zu aehnlichen
veranstaltungen wie beispielsweise zum kulturmarkt in tulln, der 7
millionen schilling gekostet habe, doch recht gering gewesen. das
vielfach kritisierte ''giesskannensystem'' bei der subventionierung
von festwochenveranstaltungen soll kuenftig durch ein schwerpunkt-
programm ersetzt werden.

die gute zusammenarbeit im bereich des fremdenverkehrs konnte
weiter fortgefuehrt werden, fremdenverkehrswirtschaft und die stadt
wuerden nach einem gemeinsamen konzept vorgehen. die aufgabe
der jugendorganisationen, jugendliche zur aktivitaet anzuregen, wuerde
unter den grundsuetzen der freiwilligkeit, vielseitigkeit, inte-
gration und freiheit weiter verfolgt. frei von jedem zwang seien auch

./

die ganztagschulen - der von den sozialisten mit erfolg durchgefuehrte schulversuch, bei dem alle negativen vorhersagen der opposition ausgeblieben sind.

die jugendarbeit der stadt wien verteilte sich ueber viele abteilungen des magistrats und sei keineswegs in einer abteilung fixiert. die grossen finanziellen aufwendungen unterstreichen das bemuehen der stadt, chancengleichheit zu erkaempfen. wie in jeder grosstadt gaebe es auch in wien jugendkriminalitaet und soziale misstaende, aber entscheidend fuer eine verbesserung sei das bemuehen der jugendarbeit und das verhalten der gemeinschaft, die sich bewusst mit den aussenstehenden auseinandersetzen muss. wenn die oevp das herabsetzen der zahl von kindern in den einzelnen kindergartengruppen verlangt habe, so werde mit diesem antrag etwas gefordert, was bereits erfuehrt worden sei. in vielen bezirken liege die zahl der kinder pro gruppe bei 24, in den sonderkindergaerten bei 16.

durch verstaerkte ambulante betreuung, tiefenpsychologisch orientierte lebenshilfe, kriseninterventionsstellen, betreuung durch expertenteams und viele andere massnahmen werde gerade den sozial schwaecheren hilfstellung gewaehrleistet. beispielgebend und beispielhaft sei die stadt wien unermuedlich um mehr lebensqualitaet fuer ihre bevoelkerung bemueht. (ba) (forts)

1846

gemeinderat (14):

debatte personal und sport

22 wien, 29.6. (rk) er wolle eine einzige aber sehr entscheidende frage zur diskussion stellen, erklarte gr. dr. h i r n s c h a l l (fpoe) als erster debattenredner zur geschaeftsgruppe personal und sport: im dezember 1975 war der personalstand mit 41.882 dienstposten fuer den magistrat der stadt wien bewilligt worden. gegenueber dem voranschlag hat sich eine erhoehung von 898 dienstposten ergeben, im wesentlichen in den krankenanstalten, in pflegeheimen und in den sozialdiensten. jetzt kommt anlaesslich des rechnungsabschlusses die ueberraschende tatsache zutage, dass das personal um mehr als das doppelte - naemlich um 1.985 gestiegen ist. davon hat weder der gemeinderat noch der zustaendige gemeinderatsausschuss je etwas gehoert. es waere doch zwingend erforderlich, bei derartigen ueberschreitungen den gemeinderat rechtzeitig damit zu befassen, wie es

bei allen anderen koerperschaften ueblich ist. der zustaendige stadtrat wird aufgefordert, dazu stellung zu nehmen und zu erklaren, in welchen bereichen diese neuen posten geschaffen wurden.

das kontrollamt hat in der zur beratung stehenden geschaeftsgruppe offenbar nichts zu bemaengeln gefunden. das erweckt skepsis. dr. hirnschall regte an, doch einmal die kosten- und bauzeitueberschreitungen beim hallenstadion und beim weststadion zu untersuchen. es muesste auch untersucht werden, ob die 40 millionen, die der stadthalle fuer trainingszwecke zur verfuegung gestellt werden, tatsaechlich angemessen sind oder nicht etwa eine versteckte subvention. immerhin macht dieser betrag etwa die haelfte der sportfoerderungsmittel aus. es ist zu bezweifeln, ob die leistung der stadthalle gegenueber den sportvereinen diesem betrag gerecht wird. (smo)

die reform der reform im jahre 1976 hat die beamtenschaft verunsichert, von einer uebersichtlicheren behoerdenorganisation kann heute keine rede sein, erklarte gr. dr. k r a s s e r (oevp). ein beispiel dafuer ist die ueberfuehrung der stadtbaudirektion in die magistratsdirektion. seit kurzem ist der stadtbaudirektor wieder berechtigt, erlaesse herauszugeben. es stellt sich die frage, ob der stadtbaudirektor jetzt den technischen bereichsleitern ueber- oder untergeordnet ist.

man gewinnt den eindruck, dass die bestellung der bereichsleiter zum selbstzweck wurde und die verwaltungsreform nur vorwand war. foerderungswuerdige beamte werden mit dieser funktion ausgezeichnet oder beamte, "fuer die man keine rechte verwendung hat" bekommen sie.

die bestellung eines projektsleiters fuer den karlsplatz mit datum 1. april 1977 erfolgte fuerfuef minuten nach zwoelf. dies ist das eingestaendnis, dass die neugestaltung verplant und vermurkst wurde.

schliesslich kritisierte dr. krasser, dass die magistratsdirektion agenden in einem solchen umfang bekommen hat, dass die frage berechtigt ist, ob diese aufgabenfuelle von einem mann bewaeltigt werden kann. (sei) (forts)

k o m m u n a l :

=====

Gemeinderat (15):

Debatte Personal und Sport (forts)

23 Wien, 29.6. (rk) gr. K o e c h l (OeVP) kritisierte, dass im Rechenzentrum zahlreiche Sicherheitsmängel festgestellt worden seien. Die Aspekte des Provisoriums entheben nicht von der Verpflichtung, alle notwendigen Sicherheitsvorkehrungen zu treffen. 1973 sei das Forum-Kino abgebrochen, 1976 mit dem Bau des neuen Bürogebäudes begonnen worden. Koechl stellte die Anfrage, wann das neue Bürogebäude fertiggestellt werde, wann mit der Inbetriebnahme des EDV-Zentrums zu rechnen sei, ob beziehungsweise welche weiteren Dienststellen in diesem Gebäude untergebracht werden sollen und welche Sicherheitsvorkehrungen in diesem Zusammenhang beabsichtigt seien sowie ob die Möglichkeit bestehe, im Katastrophenfall die entscheidenden Daten auch von anderer Stelle abzurufen.

Im Frühjahr 1978 stehen Personalvertretungswahlen bevor. Koechl kritisierte, dass die Personalvertretungswahlen noch immer als Gewerkschaftswahlen durchgeführt werden. Im ersten Entwurf für ein Personalvertretungsgesetz sei die Briefwahlmöglichkeit vorgesehen gewesen, der jetzige Entwurf sehe jedoch wieder Vollmachten vor. Koechl forderte, dass der Entwurf für ein Personalvertretungsgesetz so zeitgerecht eingebracht werde, dass die kommenden Wahlen bereits auf dieser Grundlage durchgeführt werden können. (ger)

gr. P e s k a (SPÖ) berichtete, dass laut Rechnungsabschluss der Personalstand 42.933 erreicht hat und damit um 1.087 höher als veranschlagt war. Der Zuwachs erfolgte im wesentlichen in den Krankenanstalten, in den Kinder- und Jugendheimen und für die Stadtgärten, also für echte Dienstleistungen für die Bevölkerung. Die Zahl der Pensionisten ist nur geringfügig um 28 auf 18.737 gestiegen. Die Gesamtausgaben für Personal stiegen um 74,9 Millionen auf 2.339 Millionen. Gemessen am Gesamtbudget erreichten die Personalausgaben 30,3 Prozent, um 2,5 Prozent niedriger als angenommen. In anderen Landeshauptstädten machen die Personalausgaben über fünfzig Prozent des Gesamtbudgets aus.

29. juni 1977

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1688

bei den stadtwerken ist die zahl der bediensteten um 258 auf 14.611 zurueckgegangen. bei den verkehrsbetrieben konnte somit in den vergangenen zehn jahren der personalstand um 2.405 verringert werden, dank umfangreicher rationalisierungsmaßnahmen und modernisierungen. bedeutende arbeiten haben die personalabteilungen vollbracht. kernstueck war die durchfuehrung der 11. und 12. novelle zur besoldungsordnung, die per juli 1976 bis zu 10,5 prozent und per jaenner 77 weitere 1,5 prozent gehaltserhoehung brachten. die durchschnittserhoehung erreichte damit 9,77 prozent, die zulagen wurden im gleichen ausmass mitgezogen.

einige weitere errungenschaften waren: einbeziehung der dienstzulagen in den ruhebezug, gesetzliche regelung der entgeltsfortzahlung bei unfall und krankheit, etc. insgesamt waren per juli 1976 von den aenderungen 76.000 personen, einschliesslich der landeslehrer betroffen. ab jaenner wurden bei vier personalgruppen die zulagen in den gehalt einbezogen. neuregelungen gab es fuer einige gruppen auch auf dem neugebuerensektor. neue kollektivvertraege gab es fuer die landarbeiter, forstarbeiter und saisonarbeiter.

insgesamt sind 1976 rund 8.400 personen in den dienst der stadt wien getreten. die anzahl der bewerbungen von 22.148 lag weit daerueber und beweist die attraktivitaet des gemeindedienstes. ab jaenner 1977 kamen weitere verbesserungen zur einfuehrung: die erhoehung des mindesturlaubes von 18 auf 24 tage sowie die pflegefreistellung, die erhoehung der hilflosenzulagen, familienbeihilfen und karenzgelder. vorschlaege zur reform des dienst- und besoldungsrechtes sind derzeit in ausarbeitung. ein wichtiges ereignis war schliesslich der positive abschluss der gehaltsverhandlungen am 20. juni 1977 mit dem ergebnis, dass die gehaelter ab 1978 um 8 prozent, mindestens um 550 schilling, erhoert werden. die naechste erhoehung ist fuer 1979 festgelegt.

scharf zurueckzuweisen sind jedoch angriffe auf die dienstpragmatik und forderungen nach privatisierung von gemeindebetrieben.
(smo)

die grosse diskrepanz zwischen den budgetaeren ansaetzen und den tatsaechlich aufgewendeten mitteln im sportgeschehen war das angriffsziel von gr. a r t h o l d (oevp). fuer inventaranschaffungen seien 1,5 millionen veranschlagt und 3,3 millionen tatsaechlich ausgegeben worden. fuer die leichtathletikanlage im prater seien

im budgetvoranschlag ueberhaupt nicht vorgesehene 4 millionen verwendet worden, fuer den helfort-platz scheinen nicht veranschlagte 4,8 millionen im rechnungsabschluss auf. die kosten fuer das weststadion haben sich um 75 prozent, das heisst um 22 millionen erhoeht, fuer das hallenstadion seien statt 25 millionen 29 millionen ausgegeben worden. fuer sportplatzrenovierungen seien dagegen statt der veranschlagten 8 millionen nur 2 millionen ausgegeben worden.

die gruende fuer eine derartige diskrepanz seien jedoch nicht beim sport selbst zu suchen, sondern im fehlenden weitblick der planung. der sport unterliege gewissermassen einem zugzwang von aussen. da kein konkretes sportkonzept vorliege werde gefaelligkeitspolitik fuer andere ressorts betrieben.

die betreuung der grossen sportanlagen sei der stadthallenkiba uebertragen worden, wodurch dem sport nun nicht nur die regien, sondern auch die defizite der gesellschaft ueberwaelzt werden. gr. arthold stellte daher den a n t r a g , eine traegergesellschaft fuer die sportstaetten der stadthallen-kiba zu gruenden und als aufsichtsbehoerde den wiener landessportrat einzusetzen.

ein weiterer a n t r a g soll dem mangel an turnhallen fuer sportorganisationen abhelfen. alle staedtischen turnsaele sollen in der zeit in der sie nicht benuetzt werden, naemlich freitag, samstag und sonntag, den sportvereinen zur verfuegung gestellt werden. fuer den tennissport, der schon lange zeit keine elitaere sportart mehr sei, sollten nichtkommerziell gefuehrte plaetze geschaffen werden.

(pa) (forts)

1032

gemeinderat (16):

debatte personal und sport (forts)

24 wien, 29.6. (rk) das hallenstadion und das weststadion haben ihre feuertaufe bestanden, erklaerte gr. l u d w i g (spoe). die besucher sind von den neuen sportanlagen fasziniert. daneben werden auch kleinere sportanlagen wie der helfortplatz, der platz auf der brigittenauer laende und der ringelseeplatz hergestellt.

in letzter zeit ereigneten sich einige unfaelle mit dem skateboard. ludwig stellte den a n t r a g , schnellstens massnahmen auszuarbeiten, die die gefaehrlichkeit dieses neuen sportgeraetes herabsetzen. man muesste pruefen, ob fuer solche massnahmen der bundes- oder der landesgesetzgeber zustaeendig ist. (sei)

zweck der einfuehrung von bediensteten mit sonderaufgaben sei es, den fuehrungsstil elastischer zu gestalten und in die vertikal gegliederte verwaltung horizontal verbindende elemente einzubauen, erklarte gr. p o e d e r (spoe). drei typen - gruppenleiter, bereichsleiter, projektleiter - seien geschaffen worden. damit habe man auch mut zum experiment bewiesen. spaetere modifikationen dieses konzepts seien denkbar, da die stadt ein lebendiger organismus sei, dessen verwaltung staendig ueberdacht werden muesse. poeder wandte sich im zusammenhang mit der bestellung von bediensteten mit sonderaufgaben gegen den verdacht des protektionismus.

ein einheitliches vertretungsrecht der gemeindebediensteten sei aufgrund der verfassungslage nach wie vor nicht gesichert. auch im bundespersonalvertretungsgesetz werden die betriebe ausgenommen. dort gelte das arbeitsverfassungsrecht. poeder trat fuer ein einheitliches personalvertretungsrecht ein, der versuch, einheitliche grundsaeetze zu schaffen, werde unternommen. (ger) (forts)

1939

gemeinderat (17):

debatte personal und sport (schluss)

25 wien, 29.6. (rk) bei dem mehrerfordernis von 24,2 millionen auf dem sektor personal sind bereits die bezugserhoehungen und 1.087 neuaufnahmen, die durch die aenderung des dienstpostenplanes erfolgten, beruecksichtigt, stellte personal- und sportstadtrat h e l l e r fest. der anteil am budget konnte in sachen personal trotzdem um 2,2 prozent niedriger als im vorjahr gehalten werden. die ueberschreitung von 44,3 millionen im sportbereich stelle aus der sicht des sportes dagegen ein durchaus erfreuliches ergebnis dar.

./.

die erfolgreich zu ende gefuehrten besoldungsverhandlungen haben fuer das besoldungsamt eine aenderung von insgesamt 76.000 bezugsansaetzen und damit gleichzeitig eine gewaltige mehrarbeit bedeutet. der entwurf des personalvertretungsgesetzes sei auf der derzeitigen rechtsbasis schon lange in vorbereitung. die termineinhaltung haenge jedoch von der aenderung der verfassung im parlament ab. ebenfalls seit laengerer zeit fertiggestellt sei die verfassungsnovelle, doch haben die verhandlungen noch zu keinem konkreten ergebnis gefuehrt. bei der provisorischen unterkunft der elektronischen datenverarbeitungsanlagen seien die sicherheitsvorkehrungen wesentlich verbessert worden.

auf die anfragen der opposition zum sport muesse folgendes festgestellt werden: die mietkosten fuer die sportstaetten der stadthallen-kiba werden bereits durch das kontrollamt ueberprueft. mit den mehrausgaben fuer investitionskosten im sport sei saemtliches inventar in den turnsaelen der stadt wien erneuert worden. die baulichen investitionen haben sich in diesem jahr deswegen so erhoehrt, weil saemtliche grosse sportbauvorhaben fertiggestellt werden konnten. der errichtung der kunststoffbahn im praterstadion seien lange finanzierungsverhandlungen mit dem bund vorangegangen. als vom bund das noetige geld bereitgestellt wurde, habe auch die stadt wien die finanziellen mittel aufbringen muessen.

ein weiteres ziel beim sport sei es, moeglichst viele menschen zur aktiven koerperlichen betaetigung anzuregen. dazu stehe von der stadt wien ein umfangreiches sportstaettenangebot zur verfuegung. von den 96 sportplaetzen in wien sind 72 im besitz der gemeinde. weiter stueden 574 spielplaetze, 38 eislaufplaetze, 85 tennisplaetze, 53 schwimmbaeder und viele andere einrichtungen mehr bereit. im jahre 1976 haben 1,1 millionen menschen diese anlagen benuetzt. ein sportplatzschutzgesetz ist bereits zur externen begutachtung ausgesandt worden. 15 widmungen wurden durchgefuehrt, um die sportplaetze in ihrem bestand zu sichern. (ba)

gemeinderat z o e r n e r (oevp) betonte, er bestreite zwar nicht die notwendigkeit von bereichsleitern, er kritisiere jedoch den majestaetischen hoehheitsakt, mit dem die bezuege der bereichsleiter nur von buergermeister gratz und magistratsdirektor doktor

bandion festgelegt wurden. es sei auch unglaubwuerdig, dass man - bei der grossen zahl von gemeindebediensteten - keinen qualifizierten beamten gefunden habe, sondern einen aussenstehenden zum bereichsleiter einberufen musste. (hs) (forts)

2022

gemeinderat (18):

rechnungsabschluss angenommen

26 wien, 29.6. (rk) str. m a y r (spoe) erklarte in seinem schlusswort zum gesamten rechnungsabschluss, er sei froh darueber, dass sich bei den verhandlungen ueber die beamtengehaelter schliesslich der verantwortungsbewusste standpunkt der sozialistischen gewerkschafter durchgesetzt habe.

im laufe der debatte seien insgesamt 25 antraege eingebracht worden. mayr empfahl, 23 antraege zuzuweisen. zwei antraege der oevp empfahl mayr abzulehnen: der antrag, dass fuer budgetkreditkuerzungen und virements beschluesse der ressortausschuesse notwendig sein sollen, wuerde fuer den magistrat als ganzes die unmoglichkeit ergeben, auf die jeweilige konjunkturlage ruecksicht zu nehmen. im uebrigen habe er als finanzreferent von diesem recht noch nie gebrauch gemacht. der antrag, die stadt wien moege gemeinsam mit den oebb ein finanzierungskonzept fuer die errichtung des zentralverschiebebahnhofs kledering ausarbeiten sei abzulehnen, da es sich dabei um eine aufgabe der bundesbahnen handle. buergermeister gratz habe erklart, es bestehe die moeglichkeit, dass die oebb gruende in guentiger lage an wien verkaufen. die stadt wien werde den kaufpreis zu einem zeitpunkt entrichten, der eine beschleunigte errichtung des zentralverschiebebahnhofs ermoeeglicht, wenn sich die oebb verpflichten, den erloes ausschliesslich fuer den bau von kledering zu verwenden. mit der forderung nach einem gemeinsamen finanzierungskonzept moechte die oevp aber offensichtlich erreichen, dass die stadt wien finanziell schlecht abschneide.

a b s t i m m u n g : der rechnungsabschluss 1976 wurde mit den stimmen der spoe a n g e n o m m e n .

./.

der antrag der oevp, betreffend die beschlussfassung der ausschuesse ueber virements und budgetkreditkuerzungen wurde mit den stimmen der spoe a b g e l e h n t .

der antrag der oevp betreffend ein gemeinsames finanzierungskonzept von oebb und stadt wien wurde mit den stimmen der spoe und fpoe a b g e l e h n t .

die uebrigen antraege wurden einstimmig zugewiesen.

der k o n t r o l l a m t s b e r i c h t wurde einstimmig zur kenntnis genommen.

die sitzung des gemeinderats wurde knapp nach 20 uhr unterbrochen. sie wird morgen donnerstag mit den beratungen ueber den rechnungsabschluss der wiener stadtwerke und die restliche tagesordnung fortgesetzt und abgeschlossen. (ger) (schluss)

k o m m u n a l :

=====

der "papierlose" patient
edv-gesteuertes informationssystem fuer spitaeler

13 wien, 29.6. (rk) weniger "papierkram" und damit eine wesentliche entlastung des medizinisch-pflegerischen personals von verwaltungstaetigkeiten soll es kuenftig in wiens staedtischen krankenanstalten geben. vor drei jahren wurde im auftrag von gesundheits- und sozialstadtrat univ.-prof. dr. alois s t a c h e r ein arbeitsteam gebildet, das mit der ausarbeitung eines edv-gesteuerten informationssystems fuer die wiener staedtischen kranken- und wohlfahrtsanstalten beauftragt wurde.

mittwoch wurde dieses wiener krankenanstalten-informationssystem (wikis), das bereits mit erfolg im sophienspital und in der poliklinik anwendung findet, von stadtrat stacher im rahmen eines pressegespraechs vorgestellt. laut stacher wurde zunaechst eine reihe von testmodellen erprobt, um eine optimale patientenbetreuung, effiziente verwaltung, hoechstmoeegliche wirtschaftlichkeit und eine entlastung des medizinisch-pflegerischen personals zu erreichen. im rahmen der vorarbeiten war es dabei notwendig, ca. 2.000 drucksorten zu sichten. die daraus entnommenen patientendaten wurden auf ihren wert fuer das neue system geprueft und nach folgenden Gesichtspunkten unterteilt: personendaten (name, geburtsdatum, adresse etc.), administrative daten (abteilung, station, aufnahmetag etc.), rechnungsdaten (fuer die ermittlung der pflegegebuehren wie dienstgeber, kostentraeger und versicherung) und medizinisch-administrative daten (einweisender arzt, diagnosen, vorpflegen etc.).

modellstudie im sophienspital

nach mehreren phasen des auf- und ausbaus wurde im sophienspital (230 betten) am 1. dezember 1975 mit dem probelauf des modells begonnen. zur erweiterung der erfahrungsbasis wurde eine zweite anstalt und zwar die poliklinik (303 betten) ab dezember 1975 in die modellstudie einbezogen. in beiden krankenanstalten zeigt es sich,

dass die umstellung auf das neue system ohne stoerend~~e~~ auswirkungen auf den krankenhausbetrieb moeglich war.

in der praxis bedeutet dies, dass in diesen beiden anstalten derzeit folgende administrative daten geliefert werden koennen:

- o automatische taegliche feststellung des bettenbelages,
- o ausdruck des alphabetisch geordneten patientenindex,
- o vorpflegedokumentation,
- o klebeetiketten (wegfall von schreibarbeiten fuer interne betriebsablaeufe),
- o dokumentation der risikofaktoren,
- o datentraeger fuer verrechnungszwecke.

darueber hinaus sind ausserdem noch verschiedene periodische statistiken etwa an das statistische zentralamt, monatliche belagsstatistiken, informationen ueber patienteneinzugsgebiete sowie verweildauerstatistiken lieferbar.

dieses edv-gesteuerte informationssystem soll heuer auch im floridsdorfer krankenhaus, im mautner markhof-kinderspital und in der rudolfstiftung angewendet werden. ueber die einfuehrung der kostenrechnung in den staedtischen krankenanstalten teilte prof. stacher mit, dass nach dem elisabethspital (seit 1. jaenner 1977) ab 1. juli 1977 auch im neurologischen krankenhaus rosenhuegel mit den dafuer erforderlichen arbeiten begonnen werden wird. (zi)